

Windenergie weht in Salzburg davon

Wegen fehlender Windräder wird das Land die Energieziele 2020 verfehlen. Der Gegenwind für Projekte ist stark. Eine landesweite Planung für Vorrangflächen soll Bürgermeister entlasten. Doch das dauert.

Stefanie Ruep

Salzburg – Erneuerbare Energie schön und gut, solange sie nicht sichtbar vor der eigenen Haustür steht – so die Reaktion vieler Salzburger auf geplante Windkraftprojekte. Die Windenergie in Salzburg ist bislang noch ungenutzt. Konkrete Pläne für Windkraftanlagen gab es einige, der Gegenwind war jedes Mal enorm. Da gründen sich fix Initiativen, die die Verschandelung der Landschaft beklagen und zur Bürgerabstimmung aufrufen.

Die Folge ist, dass es derzeit überhaupt nur noch ein laufendes Verfahren für ein Windkraftprojekt in Salzburg gibt. Seit über 15 Jahren kämpfen die Mitglieder der Kolowind Gesellschaft darum, auf dem Lehmberg in Thalgau Salzburgs erstes großes Windrad aufzustellen. Seit Mai 2015 liegt ein rechtskräftiger Bescheid über die geänderte Flächenwidmung für eine Windkraftanlage vor.

Doch nun ist ein kurioses Problem aufgetreten. Teil des Verfahrens ist es zu prüfen, ob die Luftfahrt beeinträchtigt wird. Die Zivilluftfahrt ist bereits positiv geprüft, vom Verteidigungsministerium ist aber ein negativer Bescheid gekommen. Denn in unmittelbarer Nähe zum geplanten Standort des Windrades steht am Kolomansberg eine Radarstation. Die Argumentation des Ministeriums: Ein 125 Meter hohes Windrad würde die militärische Luftraumüberwachung stören.

Die langen Behördenverfahren und die Ablehnung der Bevölke-



Große Windräder gibt es in Salzburg immer noch keine. Die Windenergie bleibt ungenutzt. Der Windkraftpionier Franz Kok fordert, dass das Land die überörtliche Planung verbindlich festschreibt.

rung vielerorts haben zum Stillstand der Windprojekte geführt. Das wirkt sich auch auf die Energieziele des Landes aus. Der Masterplan 2020 kann nicht eingehalten werden, denn demnach wären 20 Windkraftanlagen im Bundesland vorgesehen. Auch das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energie auf 50 Prozent bis 2020 zu steigern, wird ohne Windräder und nach Absage des geplanten Geothermieprojekts der Salzburg AG wohl unerfüllbar. Derzeit liegt Salzburg mit 46 Prozent Anteil auf Platz drei im Ländervergleich.

Die Regierung möchte nun mit einer überörtlichen Raumplanung die Bürgermeister entlasten. Ziel ist es, an Orten mit guten Windverhältnissen fünf bis sechs Windräder einzuplanen. Diese Eignungs- oder Vorrangflächen sollen im Landesentwicklungsprogramm verankert werden.

„Sechs Windräder würden den gesamten Energiebedarf der Haushalte im Lungau abdecken“, nennt Energielandesrat Josef Schwaiger (ÖVP) ein Beispiel. Schwaiger will dieses Instrument bis 2020 verankert haben. Nach dem Inkrafttreten des neuen Raumordnungsgesetzes werde es eineinhalb Jahre dauern es auszuarbeiten, meint Schwaiger. Im Büro von Raumordnungslandesrätin Astrid Rössler (Grüne) ist man da optimistischer: Am Landesentwicklungsprogramm werde schon gearbeitet.

Politik in Beobachterposition

Es sei höchste Zeit für diese Maßnahmen, meint der Windkraftpionier und Politikwissenschaftler Franz Kok. „Bisher hat sich die Landespolitik auf eine Beobachterposition zurückgezogen.“ Entweder das Land weise unter Einbeziehung des Natur-

und Artenschutzes selbst Sonderflächen aus, wie in Oberösterreich, oder die Gemeinde werde daran gebunden, sagt der Windkraftexperte. Kleine Gemeinden seien mit derartigen Verfahren im komplizierten Anlagerecht überfordert. Damit die Landesregierung nicht wieder nur ein „gescheitertes Papier“ produziere, müsse die überörtliche Planung aber verbindlich in das neue Raumordnungsgesetz geschrieben werden, fordert Kok.

Lehmberg war lange Zeit das vielversprechendste Projekt für das erste große Windrad Salzburgs. Josef Schwaiger hat die Hoffnung aber aufgegeben: „Es schaut so aus, dass es wenig erfolgversprechend ist, da weiterzutun.“ Mit einem Betrieb von Windkraftanlagen vor 2020 rechnet der Energielandesrat nicht mehr.



KURZ GEMELDET

Korallenbleiche bedroht Australiens Tourismus

Sydney – Das Great Barrier Reef erlebt die stärkste Bleiche seiner Geschichte. Dabei verlieren die Korallen ihre farbgebenden symbiotischen Algen, die sie mit Nährstoffen versorgen, und sterben ab. Ursache ist die Erwärmung des Ozeanwassers. Sollte das Korallensterben anhalten, könnte das Land zudem knapp 710 Millionen Euro an Einnahmen durch den Tourismus verlieren. (APA)

Schwellenländer pochen auf Klimaschutzzusagen

Peking – China, Indien, Brasilien und Südafrika mahnen die Industrienationen zur Umsetzung der Zusagen des Pariser Weltklimavertrags. Ab 2020 soll ärmeren Ländern eine Summe von 100 Milliarden Dollar zur Verfügung stehen, um Folgen des Klimawandels zu mildern. Ein Hauptzahler sollten die USA sein. US-Präsident Donald Trump will jedoch alle Zahlungen stoppen. (APA)

Fischotter: NGO fordert Bericht über Status

St. Pölten – Der WWF will beim Landesverwaltungsgericht Niederösterreich Beschwerde gegen den Bescheid zur Tötung von 40 Fischottern einbringen. Er hätte „aufgrund der lückenhaften Datenlage niemals ausgestellt werden dürfen“, heißt es. Der Bescheid ist seit 4. April rechtskräftig. Die NGO verlangt eine Bekanntgabe, ob bereits Tiere geschossen wurden. (APA)

„Aktivismus ist heute noch wichtiger als vor 30 Jahren“

Vom Crew-Mitglied auf der Rainbow Warrior zur ersten Geschäftsführerin von Greenpeace: **Bunny McDiarmid** blickt bei den Erdgesprächen Ende April in Wien auf 30 Jahre Umweltaktivismus zurück.

INTERVIEW: Julia Schilly

STANDARD: Sie waren 1984 an Bord der Rainbow Warrior. Was inspirierte Sie zum Umweltaktivismus?
McDiarmid: Damals wusste ich noch gar nicht viel über Greenpeace. Mir gefiel, wofür die Rainbow Warrior stand. In den 1980er-Jahren fanden immer noch Atomwaffentests in Französisch-Polynesien statt. Und es gab Bestrebungen von Ländern mit Atomenergie – wie zum Beispiel Japan –, ihren verstrahlten Müll im Meer zu versenken. Außerdem gab es noch das „Vermächtnis“ von nuklearer Verstrahlung durch Kernwaffentests der USA bei den Marshallinseln. Greenpeace wollte diese Tests und das Abladen von radioaktivem Material stoppen und den Menschen auf den Marshallinseln helfen. Mir gefiel, dass etwas angepackt wurde, anstatt nur darüber zu reden.

STANDARD: Wie war die Situation der Bewohner der Marshallinseln?
McDiarmid: Bei den Menschen, die uns um Hilfe baten, handelte es sich um Bewohner des Rongelap-Atolls (im Nordwesten der Mar-

shallinseln, Anm.). Sie hatten radioaktive Verstrahlung durch die US-amerikanischen Tests aus dem Jahr 1954 erlebt. Als wir 30 Jahre später dort waren, litten die Menschen noch immer unter den gesundheitlichen Auswirkungen. Sie konnten nicht mehr darauf vertrauen, in ihrer Heimat sicher zu sein. Es war sehr bewegtend, 350 Menschen samt ihrem Hab und Gut auf eine fast 100 Kilometer entfernte Insel zu übersiedeln.

STANDARD: Wie sieht die Situation am Rongelap-Atoll heute, noch einmal mehr als 30 Jahre später, aus?
McDiarmid: Die Gemeinschaften sind auf verschiedene Inseln verteilt. Es wurden zwar einige Umweltsanierungsarbeiten auf dem Rongelap-Atoll durchgeführt, aber viele Leute vertrauen nicht darauf, dass es sicher ist, zurückzukehren. Die Tests hatten also über Generationen nicht nur gesundheitliche, sondern auch große kulturelle Auswirkungen.

STANDARD: 1985, ein Jahr später, wurde die Rainbow Warrior im

Hafen von Auckland vom französischen Geheimdienst bombardiert und versenkt. Greenpeace-Aktivist und Fotograf Fernando Pereira starb. Hätten Sie so etwas für möglich gehalten?

McDiarmid: Ich war noch Crew-Mitglied, schlief aber in dieser Nacht bei meinen Eltern. Es war sehr schockierend.

STANDARD: Wie hat dieses Ereignis die Arbeit der ehemaligen Crew der Rainbow Warrior geprägt?

McDiarmid: Ich denke, wir alle wurden in dem bestätigt, was wir taten: dass der Widerstand gegen Kernwaffen die Welt sicherer macht. An einer Kampagne gegen Kernwaffen zu arbeiten, erschien als der richtige Schritt.

STANDARD: Bei allem, was heute in der Welt vor sich geht: Wie können Menschen noch für Umweltthemen sensibilisiert werden?

McDiarmid: In den 1980er-Jahren war für alle Menschen die Bedrohung eines nuklearen Krieges gegenwärtig. Heute ist es der Klimawandel, und gerade junge Leute fragen sich, was das für ihre Zukunft bedeutet. Ich glaube, dass es hier Parallelen zu den 1980er-Jahren gibt: Ich denke, es ist immer

besser, etwas gemeinsam zu tun, anstatt nur darüber zu reden. Aktivismus ist meiner Meinung nach heute noch wichtiger als vor 30 Jahren.

STANDARD: Wie haben soziale Medien die Kommunikation für eine große NGO wie Greenpeace verändert? Kann ein Posting heute teils mehr bewegen als Aktivismus?

McDiarmid: Das Ausmaß, die Reichweite und das Tempo der Veränderung sind unglaublich. Die Möglichkeit, sich über Grenzen und Zeitzonen mit anderen Menschen zu vernetzen, ist eine große Chance, kann aber auch überwältigend sein – gerade für junge Menschen. Denn soziale Medien können auch isolieren. Ich bin daher überzeugt, dass nichts den direkten Kontakt – eins zu eins – auf der Straße ersetzen kann.

STANDARD: Apropos direkter Kontakt: Sie waren ab 2002 vier Jahre lang auf einem Segelboot auf der ganzen Welt unterwegs. Was haben Sie dabei beobachtet?

McDiarmid: Ich habe damals einige Jahre Greenpeace verlassen und bin mit meiner Familie gereist, teilweise in der Antarktis. Zeit-

weise hatten wir Forscher an Bord, die zum Beispiel auf dem Great Barrier Reef gearbeitet haben. Es ist für mich eines der traurigsten Zeugnisse unserer Zeit, dass der einzige lebende Organismus, denn man vom All aus sehen kann, laut Wissenschaftlern bald vollkommen abgestorben sein wird.

STANDARD: Gemeinsam mit Jennifer Morgan sind Sie die erste weibliche Geschäftsführung von Greenpeace. Wieso hat es bis 2016 gedauert, bis Frauen an der Spitze waren?

McDiarmid: Das war ein bisschen spät, nicht wahr – die Welt hat sich weitergedreht. Es gibt jedoch viele Frauen in Führungspositionen bei Greenpeace. Ich denke, es ist zudem wichtig, dass wir uns die Führungsposition teilen. Weltweit sollten leitende Funktionen viel öfter von mehr als einer Person getragen werden.

BUNNY MCDIARMID ist seit 2016 gemeinsam mit Jennifer Morgan Geschäftsführerin von Greenpeace International. 1984 war die Neuseeländerin Crew-Mitglied auf der Rainbow Warrior. Über Jahre hinweg leitete sie internationale Anti-Atom- und Tiefseekampagnen. Am 27. April ist sie als Rednerin zu Gast bei den Erdgesprächen. Erdgespräche, Halle E, Museumsquartier, 1070 Wien, 27. April, 16.45 erdgespraeche.net



Greenpeace-Geschäftsführerin Bunny McDiarmid.

Foto: Greenpeace